

Entwicklungspolitik

OTTO SCHMUCK

Das Jahr 1985 war in der Entwicklungspolitik der Gemeinschaft ein Jahr der Konsolidierung, aber auch der Ernüchterung und deutlicher werdender nationaler Kritik an der politischen Ausrichtung und der Effizienz der Gemeinschaftshilfe¹. In den Mitgliedstaaten wurde ohne allzu große Eile die Ratifizierung des am 8. Dezember 1984 unterzeichneten 3. Lomé-Abkommens zwischen der Gemeinschaft und 66 Entwicklungsländern aus dem afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum vorbereitet². Die Kommission konzentrierte ihre Nord-Süd-Aktivitäten 1985 neben der Abwicklung der im Vorjahr beschlossenen Sonderprogramme zur Hungerbekämpfung in Afrika³ vor allem auf die Programmierung der Finanzhilfe des neuen Abkommens, um einen reibungslosen Übergang von Lomé II zu Lomé III zu gewährleisten⁴. Daneben behandelten die mit entwicklungspolitischen Fragen befaßten EG-Organen vorrangig die Auswirkungen des EG-Beitritts Spaniens und Portugals auf die Maghreb- und Maschrik-Staaten⁵.

Neue Akzentsetzungen in der EG-Entwicklungspolitik oder wesentliche Veränderungen in der Aufgabenverteilung zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten in der Kooperationspolitik, die 1985 durchaus möglich schienen, wurden nicht realisiert. Die EG-Staaten machten in den Verhandlungen der zwischen September 1985 und Januar 1986 tagenden Regierungskonferenz zur Reform der Gemeinschaft deutlich, daß bei ihnen an entwicklungspolitischen Kompetenzverschiebungen derzeit kein Interesse besteht⁶. Zwei entsprechende Vorschläge der Niederlande und Dänemarks⁷ blieben bei dieser Konferenz ebenso ohne Reaktionen, wie die Vorstellungen des Europäischen Parlaments in dessen Vertragsentwurf zur Gründung einer Europäischen Union vom 14. Februar 1984⁸. Dort war nach Ablauf einer Übergangszeit von zehn Jahren eine ausschließliche Zuständigkeit der europäischen Ebene für die Entwicklungspolitik vorgesehen worden⁹. Selbst die pragmatischen Reformvorschläge des Memorandums der EG-Kommission zur gemeinschaftlichen Nord-Süd-Kooperation vom 4. Oktober 1982 („Pisani-Memorandum“) wurden nur in Ansätzen realisiert¹⁰. Zwar wurde die dort vorgeschlagene Konzentration der Hilfeleistungen im ländlichen Bereich weitgehend bei der Programmierung der Mittel von Lomé III berücksichtigt, doch wurde weder – wie von der Kommission angeregt – das neue Lomé-Abkommen auf unbegrenzte Zeit abgeschlossen, noch wurde der Gemeinschaftsanteil an den Entwicklungshilfeleistungen der

Mitgliedstaaten erheblich ausgeweitet. Die vorgeschlagene Verdoppelung der über die EG vergebenen Mittel bleibt Utopie.

Herausragende Ereignisse 1985

- Am 28. Februar lief das 2. Lomé-Abkommen offiziell aus. Zur Überbrückung des Zeitraums bis zum Inkrafttreten von Lomé III im Mai 1986 legte der Botschafterausschuß AKP-EWG nach Bevollmächtigung durch den EG-Ministerrat entsprechende Übergangsmaßnahmen fest¹¹.
- Die Organe AKP-EWG zogen zum Zeitpunkt des Übergangs von Lomé II zu Lomé III eine Bilanz über zehn Jahre Lomé-Kooperation. Trotz deutlicher Kritik an den ausgebliebenen Entwicklungseffekten, vor allem in den Bereichen Handel und Industrialisierung, dominierte allgemein die Bereitschaft zur Fortsetzung der Zusammenarbeit. Die neu eingesetzte Paritätische Versammlung, welche die Beratende Versammlung und den Paritätischen Ausschuß ablöst und in der Parlamentarier aus dem Europäischen Parlament und – soweit vorhanden – aus den Parlamenten der AKP-Staaten zusammenwirken, befaßte sich bei ihrer Jahrestagung vom 23.–27. September in Inverness/Schottland u.a. mit Lomé III, der Situation im Südlichen Afrika, der Frage der Menschenrechte und der Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß¹². Der AKP-EWG Ministerrat stellte bei seiner Jahrestagung vom 20./21. Juni in Luxemburg die Inhalte des neuen Abkommens, das Zuckerproblem, die Auswirkungen des EG-Beitritts Spaniens und Portugals für die Zusammenarbeit sowie das Südliche Afrika in den Mittelpunkt seiner Beratungen¹³.
- Vom 16. bis zum 20. Juni fand in Brasilia die 7. Interparlamentarische Konferenz EG-Lateinamerika statt¹⁴. Diese Konferenzen, an der Parlamentarier des Europäischen Parlaments und aus Lateinamerika teilnehmen, finden in zweijährigem Zeitabstand abwechselnd in Westeuropa und Lateinamerika statt. Hauptthemen in Brasilia waren die Kooperationsmöglichkeiten zwischen der EG und Lateinamerika, das Verschuldungsproblem, Demokratisierung und Menschenrechte sowie die Gründung des Instituts für die Beziehungen Europa-Lateinamerika (IRELA) in Madrid¹⁵.
- Bei der zweiten Ministerkonferenz EG-Mittelamerika am 11. und 12. November in Luxemburg unterzeichneten die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und der fünf Länder des Mittelamerikanischen Gemeinsamen Marktes Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua sowie Panamas ein Abkommen über die Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft und Entwicklung¹⁶. Der Vertrag enthält die Zusage, die EG-Finanzhilfe für diese Region innerhalb der zunächst fünfjährigen Laufzeit „wesentlich“ zu erhöhen. Konkrete Zahlen werden jedoch nicht genannt. Umstritten war innerhalb der EG-Staaten die Frage, ob die Beachtung der Menschenrechte in den Partnerländern Voraussetzung für eine Finanzhilfe der EG sein sollte¹⁷.

Zehn Jahre Zusammenarbeit AKP-EG

Das erste Lomé-Abkommen wurde 1975 zwischen 46 AKP- und den damals neun EG-Staaten geschlossen. Die Bilanz der nunmehr zehnjährigen Kooperation AKP-EG ist vielschichtig und führte zu unterschiedlichen Bewertungen¹⁸. Auf der einen Seite kann darauf verwiesen werden, daß sich die Zahl der an der Kooperation beteiligten Staaten von 1975 insgesamt 55 auf derzeit 78 erhöht hat. Gleichzeitig stiegen die von der Gemeinschaft für alle AKP-Staaten aufgewendeten Finanzmittel von etwa 1,5 Mrd. DM pro Jahr bei Lomé I auf rund 3,8 Mrd. DM pro Jahr bei Lomé III. Derartige Zahlenvergleiche sagen jedoch kaum etwas über die Qualität der Zusammenarbeit aus.

Von AKP-Vertretern und von wissenschaftlicher Seite werden die Ergebnisse der Lomé-Kooperation im Vergleich zu den Ausgangserwartungen von 1975 eher skeptisch bewertet. Bei der Unterzeichnung von Lomé III führte der amtierende Präsident des AKP-Ministerrats Rabbie L. Namaliu hierzu aus: „Lomé ist zum Symbol internationaler Kooperation geworden . . . Es ist praktisch der einzige Leuchtturm in einem unsicheren Meer. Doch ist Lomé zugleich auch das Grab vieler enttäuschter Hoffnungen . . .“¹⁹. Weder konnte der absolute Anteil der AKP-Staaten am EG-Handel zwischen 1975 und 1985 gesteigert werden – die EG-Importe aus dem AKP-Raum sanken im Gegenteil von 1973 bis 1983 von 19 auf 16 Prozent aller Importe aus den Entwicklungsländern²⁰ – noch ist eine spürbare Industrialisierung der AKP-Staaten festzustellen. Damit sind zwei Ziele der Lomé-Kooperation bisher nicht erreicht worden.

In anderen Bereichen traten im Vergleich zu 1975 ebenfalls Verschlechterungen ein: Viele der Lomé-Staaten können heute anders als vor zehn Jahren ihre Nahrungsmittel selbstversorgung nicht mehr sicherstellen. Die Verschuldung ist höher als je zuvor. Keinem der AKP-Staaten gelang während der Laufzeit von Lomé I und II der Sprung vom Entwicklungs- zum Schwellenland²¹. Kritik wurde auch am Lomé-Instrumentarium geübt: Die Mittel des STABEX-Fonds zur Stabilisierung der Exporterlöse bestimmter Rohstoffe erwiesen sich in den beiden aufeinanderfolgenden Jahren 1980 und 1981 als unzureichend. In wissenschaftlichen Untersuchungen wurde zudem deutlich, daß von STABEX aufgrund von Zahlungsverzögerungen und der Beschränkung auf bestimmte Produktgruppen kaum stabilisierende Wirkungen ausgehen²². STABEX-Mittel kommen in fast keinem Fall direkt den privaten Erzeugern zugute²³. Besonders kritisiert wurde auch die geringe Konzessionsbereitschaft der EG in der Handelspolitik und in der finanziellen Zusammenarbeit sowie bei der Handhabung des Zuckerprotokolls²⁴. Die nunmehr abgeschlossene Süderweiterung der Gemeinschaft wird wegen der vorrangig zu befriedigenden Ansprüche Griechenlands, Spaniens und Portugals auch in Zukunft kaum größere Zugeständnisse der EG-Staaten gegenüber den Lomé-Partnern zulassen.

Die Bilanz der nunmehr zehnjährigen Partnerschaft AKP-EG wäre jedoch unvollständig, wenn nicht auch auf verschiedene ermutigende Aspekte hinge-

wiesen würde. So ist trotz deutlicher Tendenzen einiger EG-Regierungen zur Bevorzugung der bilateralen Hilfgewährung gegenüber der multilateralen die reale Werterhaltung des Europäischen Entwicklungsfonds von Lomé I bis Lomé III gelungen. Die institutionellen Organe AKP-EG haben sich trotz erheblicher Spannungen – etwa bei der Behandlung des Zuckerproblems, der Menschenrechte oder des Südlichen Afrikas – als geeignete Foren zur Problemlösung erwiesen²⁵. Durch die Lomé-Kooperation wurde die AKP-Gruppe als regionaler Entwicklungsländerzusammenschluß gegründet und hat heute einen beachtlichen Grad an inhaltlicher und organisatorischer Kohäsion erreicht²⁶. Noch heute stellt die Gründungsvereinbarung von Georgetown vom Juni 1975 – neben der Suva-Erklärung von 1977 – den zentralen Bezugspunkt der Kooperation zwischen den AKP-Staaten dar²⁷. In den zehn Jahren der Zusammenarbeit bildete sich zwischen den afrikanischen, karibischen und pazifischen Lomé-Staaten ein Gruppengefühl heraus, das zu verstärkter Süd-Süd-Kooperation zwischen den beteiligten Staaten führte und auch in internationalen Konferenzen, etwa im UN-Rahmen, deutliche Auswirkungen zeigt.

Trotz der im Vergleich zu den sicherlich allzu hohen Ausgangserwartungen von 1975 teilweise enttäuschenden Resultate wird es auch in Zukunft zur AKP-EG Zusammenarbeit kaum eine realistische Alternative geben.

Weltweite Entwicklungskooperation

Die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Gemeinschaft außerhalb des Lomé-Rahmens konzentrierten sich 1985 auf die Auswirkungen der Süderweiterung auf die Mittelmeerpolitik²⁸, die erste Tagung auf Ministerebene zwischen der EG und dem Kooperationsrat der Golfstaaten am 1. Oktober²⁹ und auf das am 12. November in Luxemburg unterzeichnete Abkommen der Gemeinschaft mit sechs mittelamerikanischen Staaten³⁰. Neue Elemente der weltweiten Entwicklungskooperation wurden insofern erkennbar, als von den Gemeinschaftsinstitutionen ein Vorschlag ausgearbeitet wurde, unter bestimmten Voraussetzungen allen am wenigsten entwickelten Staaten den Zugang zu einem dem STABEX-System vergleichbaren Exporterlös-Fonds zu ermöglichen³¹. Von der UNCTAD werden die Realisierungsmöglichkeiten dieses Vorschlags derzeit geprüft. Von Kommission, Parlament und Rat wurde in der zweiten Jahreshälfte 1985 verstärkt die Möglichkeit geprüft, inwiefern die Gemeinschaft – trotz der in diesem Bereich fehlenden Kompetenzen – einen eigenständigen Beitrag zur Lösung des Verschuldungsproblems der Entwicklungsländer leisten könnte³².

Für 1985 standen für die Zusammenarbeit mit den nichtassoziierten Entwicklungsländern 142 Mio. ECU für Zahlungen und 285 Mio. ECU für Verpflichtungen zur Verfügung, von denen – wie bereits in den vergangenen Jahren – 75 Prozent für Asien, 20 Prozent für Lateinamerika und 5 Prozent für die noch nicht dem Lomé- oder den Mittelmeerabkommen beigetretenen Länder Afrikas bestimmt waren³³. Will die Gemeinschaft den durch den EG-Beitritt Spa-

niens und Portugals und den Abschluß des Mittelamerika-Abkommens in Lateinamerika geweckten hohen Erwartungen auch nur ansatzweise gerecht werden, so sind Mittelausweitungen zugunsten dieser Region unausweichlich. Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG warnte im Oktober 1985 eindringlich davor, in Lateinamerika allzu große Hoffnungen auf Finanzhilfen der EG aufkommen zu lassen. Langfristig müsse mit dieser Region eher eine Politik der gleichberechtigten Partnerschaft als der Entwicklungshilfe angestrebt werden³⁴.

Die Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen (NRO)

Weitgehend unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat die EG seit 1976 ein Programm der Entwicklungszusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen (NRO) eingerichtet, das trotz seiner vergleichsweise geringen Finanzausstattung von Fachleuten wegen seiner Wirksamkeit und Basisnähe als entwicklungspolitisch besonders sinnvoll eingestuft wird³⁵. Hierbei werden von der Gemeinschaft Entwicklungsvorhaben von NRO in der Dritten Welt partiell bezuschußt. Seit 1978 werden auch Maßnahmen der NRO im Bereich der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit in Europa finanziell gefördert.

Das Europäische Parlament hatte sich von Anfang an nachhaltig für diese Art von Kooperation mit den NRO eingesetzt und mit seinen Haushaltsrechten kontinuierliche Mittelausweitungen in diesem Bereich vorgenommen³⁶. Waren 1976 für die Zusammenarbeit mit den NRO versuchsweise 2,5 Mio. ECU in den EG-Haushalt eingesetzt worden, so wurden 1985 bereits 315 Entwicklungsvorhaben von NRO in der Dritten Welt mit 38,6 Mio. ECU bezuschußt³⁷. Seit 1976 wurden für insgesamt 1913 Projekte Zuschüsse in Höhe von 174,2 Mio. ECU gewährt. Die Vorhaben wurden von 280 NRO in 113 Entwicklungsländern durchgeführt, wobei der Beitrag der EG zu den Gesamtkosten durchschnittlich nur 40 Prozent betrug³⁸.

Daneben wirken die NRO auch bei der Vergabe der EG-Nahrungsmittelhilfe und der Soforthilfe in Katastrophenfällen mit. Allein 1985 wurden von ihnen Waren im Werte von rund 58,3 Mio. ECU verteilt, zu denen zusätzlich für die Abwicklung des ‚Plans von Dublin‘ zugunsten der von der Hungerkatastrophe am stärksten betroffenen Länder noch einmal Nahrungsmittel im Werte von 46 Mio. ECU hinzukamen³⁹. Zur demokratischen Willensbildung und Interessenvertretung wurde ein Verbindungsausschuß der NRO geschaffen, der die Aktivitäten der beteiligten Organisationen in enger Kooperation mit der Kommission und dem Europäischen Parlament koordiniert und auf die vorrangigen Ziele ausrichtet.

Ausblick

Am 1. Mai 1986 trat das dritte Lomé-Abkommen, das nach wie vor das Kernstück der EG-Entwicklungspolitik darstellt, nach der Ratifizierung durch alle EG-Staaten und zwei Drittel der 66 AKP-Staaten in Kraft. Bei den Vorberei-

tungen zur Ratifikation wurde das Bemühen einzelner Mitgliedstaaten deutlich, stärker als bisher auf die Kriterien der Mittelgewährung Einfluß zu nehmen. Zudem wird von den AKP-Partnern eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber den Zielen der Gemeinschaft in internationalen Gremien erwartet. „Die politische Wirkung des (Lomé-)Abkommens ist gleich Null“, beklagte sich der Staatssekretär im deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Volkmar Köhler, im August 1985 öffentlich vor Journalisten⁴⁰. Die Kommission wurde von britischer und deutscher Seite bedrängt, die Hilfevergabe – etwa an Äthiopien – in Zukunft von der Erfüllung bestimmter politischer Auflagen abhängig zu machen⁴¹. Mit der Erfüllung dieser Forderung würde ein wesentliches Prinzip der bisherigen EG-Entwicklungspolitik – die Nichteinmischung in innere staatliche Angelegenheiten – aufgegeben.

Bei den intensiven Reformberatungen des Jahres 1985 über die Zukunft der EG wurde deutlich, daß sich in den kommenden Jahren an der entwicklungspolitischen Aufgabenverteilung zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten kaum etwas ändern wird. Jedoch wurde dem Europäischen Parlament in der im Februar 1986 unterzeichneten ‚Einheitlichen Europäischen Akte‘ zur Reform der EG-Verträge das Recht zugestanden, daß künftig Assoziierungsabkommen vom Typ Lomé nur mit seiner Zustimmung zustande kommen⁴². Dadurch könnte es den direkt gewählten Europa-Abgeordneten im Hinblick auf Lomé IV – falls es ein solches Abkommen geben wird – möglich werden, ihren auch heute schon nicht unerheblichen Einfluß auf die EG-Entwicklungspolitik weiter auszubauen.

Anmerkungen

- 1 Derartige Kritik wurde beispielsweise vom Parlamentarischen Staatssekretär im BMZ Volkmar Köhler vorgetragen, vgl. hierzu Inga Krugmann-Randolf, Köhler: EG-Entwicklungspolitik verbesserungsbedürftig, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Bonn 1985, Nr. 9, S. 22 sowie o.V., In der Europäischen Gemeinschaft Streit um die Prinzipien der Entwicklungshilfe, in: *FAZ* v. 14.2.1986.
- 2 Am 31.12.1985 hatten erst drei EG- und 31 AKP-Staaten das bereits am 8.12.1984 unterzeichnete dritte Lomé-Abkommen ratifiziert. Zum Inhalt von Lomé III vgl. Otto Schmuck, *Entwicklungspolitik*, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* 1984, S. 225–227.
- 3 Der Europäische Rat hatte am 4.12.1984 in Dublin ein Sonderprogramm zur Bekämpfung des Hungers in den von einer Dürrekatastrophe betroffenen Regionen Afrikas beschlossen. Dieser ‚Plan von Dublin‘ sah für 1985 die Lieferung von insgesamt 1,2 Mio. Tonnen Getreide oder Getreidegegenwert vor, vgl. hierzu die Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats zur 29. Ratstagung, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* 1984, S. 449.
- 4 Siehe hierzu Bernard Petit, *Community aid programming – a new approach*, in: *The Courier*, Brüssel 1985, Nr. 91, S. 4–6.
- 5 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 19. Gesamtbericht über die Tätigkeiten der Europäischen Gemeinschaften 1985, Brüssel/Luxemburg 1986, S. 338–343.
- 6 Als Ergebnis dieser Regierungskonferenz wurde die ‚Einheitliche Europäische Akte‘ ausgearbeitet, die im Februar 1986 von allen EG-Staaten unterzeichnet wurde. Dieses Reformdokument enthält keinerlei Aussagen

- zur EG-Entwicklungspolitik. Die Akte ist abgedruckt als Dokument Nr. 7 in diesem Band.
- 7 Die niederländische Delegation hatte der Regierungskonferenz am 14. Oktober 1985 vorgeschlagen, dem EWG-Vertrag fünf Artikel zur Entwicklungspolitik hinzuzufügen. Substantiell hätte sich durch diese Neuregelung gegenüber der gegenwärtigen Praxis wenig geändert, doch wären der Gemeinschaft für die Nahrungsmittel- und Soforthilfe, für die finanzielle und technische Zusammenarbeit und für die Gewährung von Zollpräferenzen für Entwicklungsländer eindeutige Kompetenzen zugewiesen worden. Auch das entwicklungspolitische Entscheidungsverfahren wäre präzisiert worden, da sowohl der niederländische als auch der weniger ausführliche dänische Vorschlag vorsahen, daß der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments mit qualifizierter Mehrheit entscheiden sollte.
 - 8 Der Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments zur Gründung der Europäischen Union ist dokumentiert in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* 1984, S. 404–425.
 - 9 Siehe Artikel 64 Absatz 3 des Vertragsentwurfes, ebenda, S. 420.
 - 10 Das ‚Pisani-Memorandum‘ vom 4. Oktober 1982 ist in Auszügen dokumentiert in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* 1982, S. 405–408.
 - 11 Siehe Bulletin der EG 2/1985, Ziffer 2.2.38.
 - 12 Bulletin der EG 9/1985, Ziffer 2.3.30.
 - 13 Bulletin der EG 6/1985, Ziffer 2.3.57.
 - 14 Ebenda, Ziff. 2.3.30.
 - 15 IRELA hat unter der Leitung von Prof. Wolf Grabendorf 1985 in Madrid seine Tätigkeit aufgenommen. Vorläufige Arbeitsschwerpunkte sind der Contadora-Friedensprozeß, die Dreierbeziehung EG-Lateinamerika-USA und Demokratisierung in Lateinamerika.
 - 16 Siehe Bulletin der EG 11/1985, Ziffer 2.3.22; zur ersten Ministerkonferenz EG-Lateinamerika siehe Otto Schmuck, *Entwicklungspolitik*, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* 1984, S. 228.
 - 17 Die deutsche Bundesregierung trug in einer internen Zusatzklärung zum Abkommen vor, die Respektierung der Menschenrechte müsse Voraussetzung für die Gewährung der Finanzhilfe sein, während Frankreich sich in einer eigenen Zusatzklärung gegen jegliche Diskriminierung einzelner Vertragspartner aussprach, vgl. VWD-Europa v. 11.11.1985, S. 2.
 - 18 Zu den Ergebnissen der Zusammenarbeit AKP-EG vgl. u.a. Adrian Hewitt, *The Lomé-Conventions: Entering a second decade*, in: *Journal of Common Market Studies*, Oxford 1984, Nr. 2, S. 95–116; Christopher Stevens (Hrsg.), *EEC and Third World, A Survey 4, Renegotiating Lomé*, London 1984; Hella Gerth-Wellmann, *Die „Lomé-Politik“ der Europäischen Gemeinschaft. Entstehungsbedingungen, Ergebnisse und Perspektiven*, München u.a. 1984.
 - 19 Das Zitat ist eine Übersetzung des Verf. aus dem Französischen aus der Rede des amtierenden Präsidenten des AKP-Ministerrats Rabbie L. Namaliu anlässlich der Unterzeichnung von Lomé III am 8.12.1984, in: *Le Courrier*, Brüssel 1985, Nr. 89, S. 4.
 - 20 Zahlenangaben aus Malcolm Subhan, *The EEC's Trade Relations with the developing countries*, *Europe Information Development* DE 48, hrsg. von der Kommission der EG, Brüssel, Januar 1985, S. 19.
 - 21 Vgl. zu dieser Einschätzung Joachim Betz, *Lomé III, Bewahrung des Erreichten und Priorität für die Landwirtschaft*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage B 27 zu „Das Parlament“, 1985, S. 17–26; Helmut Strizek, *Lomé III – gezeichnet von der Krise*, in: *Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte*, Bonn 1985, Nr. 78, S. 660–663.
 - 22 Siehe Betz 1985, a.a.O. (siehe Anm. 21), S. 22.
 - 23 Hewitt 1984, a.a.O. (siehe Anm. 18), S. 112.
 - 24 Vgl. hierzu u.a. Katharina Focke, *Das dritte Abkommen von Lomé: Fortschritte mit Fragezeichen*, in: *Integration*, Bonn 1985, Nr. 4, S. 143–147.
 - 25 Vgl. für die Beratende Versammlung AKP-EWG: Jean Luc Chabot, *L'Assemblée Consultative A.C.P. – C.E.E.*, in: *Revue du Marché Commun*, Paris 1985, Nr. 285, S. 154–164.
 - 26 Siehe hierzu das Dossier „The ACP-Group“ mit Beiträgen von Raymond Chasle, Edwin Carrington, Seydina Sy, Claude Cheysson u.a., in: *The Courier*, Brüssel 1985, Nr. 93, S. 48–91.

- 27 Die Vereinbarung von Georgetown vom 6. Juni 1975 und die Suva-Erklärung vom 14. April 1977 sind dokumentiert in: ebenda, S. 54–56.
- 28 Siehe Anm. 5.
- 29 Hauptgesprächsthema war dabei der angestrebte Abschluß eines Kooperationsabkommens zwischen beiden Regionen, vgl. 19. Gesamtbericht 1985, a.a.O. (Anm. 5), S. 344f.
- 30 Siehe Anm. 16 und 17.
- 31 Am 2. Oktober 1985 einigte sich der EG-Ministerrat darauf, einen entsprechenden Vorschlag in einer finanziellen Größenordnung von 50 Mio. ECU im UN-Rahmen vorzulegen; Einzelheiten siehe Agence Europe, Nr. 4175 v. 3.10.1985, S. 7 sowie 19. Gesamtbericht 1985, a.a.O. (Anm. 5), S. 357.
- 32 Vgl. Agence Europe, Nr. 4113 v. 16./17.9.1985, S. 13 und VWD-Europa v. 20.1.1986, S. 3.
- 33 19. Gesamtbericht 1985, a.a.O. (Anm. 5), S. 370.
- 34 VWD-Europa v. 31.10.1985, S. 9
- 35 Zur Arbeit der NRO in der Entwicklungspolitik siehe u.a. Paul Symonds, Europäische Entwicklungspolitik und Nichtregierungsorganisationen für Entwicklungsfragen, in: Projekt Europa, Straßburg 1984, Nr. 26–27, S. 46–51; Jos van Gennip und Pieter Meine van Dijk, Ernährungsstrategien, Nichtregierungsorganisationen und Lomé III, in: Deutsche Welthungerhilfe (Hrsg.), Lomé III, Kritische Analysen zum Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft gegenüber der Dritten Welt, 2. Band, Bonn 1985, S. 105–120.
- 36 Der Artikel 941 des EG-Haushaltes „Beteiligung der Gemeinschaft an Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen zugunsten der Entwicklungsländer“ war 1976 trotz einer ablehnenden Haltung des Rates erstmals mit 2,5 Mio. ECU in das Budget eingesetzt und seither beständig ausgeweitet worden, vgl. Daniel Strasser, Die Finanzen Europas, Bonn 1980, S. 414.
- 37 Zahlenangaben aus dem Entwurf eines Berichts der Kommission an den Rat über die Zusammenarbeit mit den in der Entwicklung tätigen Nichtregierungsorganisationen (VIII/1349/85/D – Haushaltsplan 1985), S. 4.
- 38 Ebenda, S. 2.
- 39 Ebenda, S. 3.
- 40 Zitiert nach Krugmann-Randolf 1985, a.a.O. (siehe Anm. 1), S. 22.
- 41 Vgl. die Pressemeldung „In der Europäischen Gemeinschaft Streit über die Prinzipien der Entwicklungshilfe“ in: FAZ v. 14.2.1986.
- 42 Vgl. Art. 9 der „Einheitlichen Europäischen Akte“, abgedruckt als Dokument Nr. 7 in diesem Band.

Weiterführende Literatur

- Beitz, Joachim, Lomé III, Bewahrung des Erreichten und Priorität für die Landwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage B 27/1985 zu „Das Parlament“, Bonn 1985, S. 17–26.
- Carrington, Edwin W., Lomé III: Ein dritter Anlauf zur wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, in: Projekt Europa, Straßburg 1984, Nr. 26–27, S. 15–29.
- Dolan, Michael B., The changing face of EEC Policies towards the developing countries: Reflection of economic crisis and the changing international division of labour, in: Revue d'Integration Européenne/ Journal of European Integration, Montreal 1984, Nr. 2–3, S. 161–196.
- Focke, Katharina, Das dritte Abkommen von Lomé: Fortschritte mit Fragezeichen, in: Integration, Bonn 1985, Nr. 4, S. 143–147.
- Frisch, Dieter, „Lomé III“ – Das neue Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den AKP-Staaten, in: Europa-Archiv, Bonn 1985, Folge 3, S. 57–68.
- Gerth-Wellmann, Hella, Die „Lomé-Politik“ der Europäischen Gemeinschaft, Entstehungsbedingungen, Ergebnisse und Perspektiven, München u.a. 1984.
- Hewitt, Adrian, The Lomé-Conventions: Entering a second decade, in: Journal of Common Market Studies, Oxford 1984, Nr. 2, S. 95–116.
- Mureau, Anne-Marie, L'Europe communautaire dans la négociation Nord-Süd. Ambitions, intérêts et réalités. Paris: Presses universitaires de France 1984.
- Nass, Klaus Otto, Europäische Entwicklungspolitik – Ergänzung und Koordinierung nationaler Maßnahmen, in: Rudolf Hrbek u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), EG-Mitgliedschaft: ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Europa Union Verlag 1984, S. 269–298.